

Antworten der LINKEN

1. Wie wollen Sie zur Armutsreduzierung in Hamburg, insbesondere der Armutsreduzierung der alleinerziehenden und älteren Frauen beitragen?

JA.

Die Diskriminierung von Frauen findet sich in vielen Bereichen - zum Beispiel in Bedarfsgemeinschaften von Hartz IV, durch die vom Versorgungszwang geschaffenen Abhängigkeiten, in den sozialen Bedingungen für die vielen alleinerziehenden Frauen, in der Armutsgefährdung von Frauen im Alter, und den weitaus geringeren Einkommen. Die Veränderung der Gesellschaft hin zu prekären, auch bei Vollzeit nicht mehr die Existenz sichernden Arbeitsverhältnissen und der Ab- und Umbau des Sozialstaats sowie die rigide Veränderung der öffentlichen Arbeitsverwaltung hat die soziale Ungleichheit auch innerhalb der Frauen verstärkt. Durch Privatisierung, Vernichtung von Arbeitsplätzen und Einschnitten im sozialen Bereich wird die Sorge für Kinder, Alte und Kranke zunehmend individualisiert. Immer noch tragen Frauen hierbei die Hauptlast. Egal in welcher Lebenslage sich Frauen außerdem befinden: Ob sie behindert sind, eine migrantischer Herkunft haben, ob sie älter sind oder erwerbslos: Immer sind sie stärker diskriminiert als Männer in vergleichbaren Lebenslagen.

Emanzipiert ist eine Gesellschaft nur dann, wenn jede und jeder abgesichert ist und gleiche Chancen zur Realisierung selbstbestimmter Lebensentwürfe haben. Kinder dürfen kein Grund für ökonomische Abhängigkeit und Armut mehr sein. Die Reproduktionsarbeit soll gesellschaftlich organisiert und finanziert werden.

Deshalb ist für DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft Gleichstellungspolitik nicht im einzelnen Themengebiet, sondern als Schnittstelle in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen zu beachten. Politik ist nicht geschlechtsneutral. Wir achten daher in allen Politikbereichen darauf, ob unsere Forderungen Benachteiligungen von Frauen beseitigen und Emanzipation und ein würdiges Leben für alle zu fördern.

Eines unserer vordringlichsten Ziele ist daher der Kampf gegen Frauenarmut. Wir kämpfen für die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen!

Außerdem fordert DIE LINKE eine Mindestrente statt einer rechtswidrigen Zwangsverrentung, wenn Frauen Arbeitslosengeld II oder Aufstockung erhalten.

2. Gewalt gegen Frauen verletzt milliardenfach das Recht der Frau auf ihre Würde und Unversehrtheit. Auch in Hamburg ist jede 4. Frau Gewalt ausgesetzt, vor allem häuslicher Gewalt. Das Landesaktionsprogramm schützt Opfer. Wichtig sind präventive Maßnahmen. Wie wollen Sie in Hamburg dazu beitragen, Gewalt aus menschlichen Beziehungen zu verbannen und Gewaltfreiheit als Teil der Kultur Hamburgs zu etablieren?

JA

Unser Ansatz zur Beendigung der Unterdrückung des weiblichen Geschlechts ist die Überwindung der ökonomischen Unselbstständigkeit der Frauen. Unserer Auffassung nach resultieren aus ökonomischen Abhängigkeiten Armut, sowie körperliche und psychische Gewalt.

DIE LINKE Hamburg will mit ihren Forderungen in Hamburg daher eine neue gesellschaftliche Debatte entfachen, um Mädchen und Frauen für ihre Rechte zu sensibilisieren und sie auf ihrem Weg der Emanzipation zu unterstützen. Dabei geht es uns nicht um eine einseitige Betrachtung: Jungen und Männer verpassen ebenso aufgrund ihrer Rollenzuweisungen und gelebten Prägungen jede Menge Lebenschancen, die sie als Individuen nutzen könnten.

Antworten der LINKEN

Frauen sind potenziell den Gefahren häuslicher Gewalt ausgesetzt, die für sie die allergrößte Gesundheitsgefährdung bedeutet. Um der häuslichen Gewalt wirkungsvoll zu begegnen, bedarf es fester Kontingente von Wohnungen für die Bewohnerinnen von Frauenhäusern und ihren Kindern. Auch Frauen, die nicht im Frauenhaus sind, sollten schnelleren Zugang zu einer eigenen Wohnung bekommen, da sich einige von Gewalt betroffene Frauen nicht durch das Gewaltschutzgesetz und die mögliche Wegweisung des Täters/ der Täterin geschützt fühlen. DIE LINKE fordert in Hamburg ein weiteres Frauenhaus, bis die Belegungszahlen in den jetzigen Frauenhäusern wieder konstant rückläufig sind, z.B. dadurch das Kontingente an Wohnungen bereitgestellt wurden und die Frauen schneller aus den Schutzeinrichtungen ausziehen können.

Beratungseinrichtungen in Hamburg müssen geschlechtssensibel beraten. Die Fachleute vor Ort müssen dafür ausgebildet sein. Daher heißt es für uns: Zuwendungen für Beratungen nicht kürzen, sondern professionalisieren. Tarifierhöhungen müssen für die dort Beschäftigten in vollem Umfang weitergegeben werden. Um patriarchale Strukturen zu beenden, ist es ebenso notwendig, dass Kenntnisse über Sexismus und Auswirkungen des sozialen Geschlechts in allen Fortbildungen, die in Hamburg angeboten werden, als integraler Bestandteil vermittelt werden. DIE LINKE sieht hier eine wesentliche Grundlage, um Gewalt aus menschlichen Beziehungen zu verbannen.

3. Was erwarten und planen Sie im Zusammenhang mit dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm für die nächste Legislaturperiode? Wie bewerten Sie bisherige Erfolge, wo sind künftige Schwerpunkte zu setzen?

Antwort:

DIE LINKE hat sich in der jetzigen Legislaturperiode sehr engmaschig und intensiv mit dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm (GPR) beschäftigt. Wir haben regelmäßig den Stand der Umsetzung aller Maßnahmen in Schriftlichen Kleinen Anfragen an den Senat abgefragt und die Ergebnisse evaluiert.

Mit dem GPR legte der Senat im März 2013 eine Bestandsaufnahme seiner gleichstellungspolitischen Aktivitäten und identifizierter Defizite vor. Das Programm benennt Maßnahmen, deren Erfüllung die Gleichstellung der Geschlechter vorantreiben soll. Damit wurden Anstöße gegeben: Zum Beispiel wird sukzessive ein Gender Budgeting für den Haushalt implementiert; das Gesundheitsdienstgesetz wird im Rahmen der verpflichtenden Berichterstattung auf beide Geschlechter ausgeweitet; die Besetzung von Gremien soll unter Beachtung einer Quote erfolgen; der Geschlechterblick hat in Strategiepapieren des Senates Einzug gehalten.

Gleichzeitig reproduzierte der Senat offensichtlich die Ungleichstellung der Geschlechter: Das GPR muss kostenneutral bleiben – ähnlich wie Reproduktionsleistungen keine monetäre Wertigkeit erfahren –, die vorgelegte Gesellschaftsanalyse ist verkürzt und die aufgezeigten Maßnahmen sind in ihrer Wirkung fraglich: So wollte der Senat zwar eine gesellschaftliche Diskussion anstoßen – diese reduzierte sich aber auf die Überweisung der Drucksache an die Bürgerschaft (Maßnahme 117).

Und selbst das vorangestellte Leitbild zeichnet eine dürftige Vision: Der Begriff Patriarchat, der eine Kennzeichnung für ein Macht- und Herrschaftsverhältnis darstellt, taucht im GPR nicht auf. Fakt ist aber, dass Frauendiskriminierung und Sexismus strukturelle Ursachen haben. Jahrtausendelange Prägungen haben die Gesellschaft mit ihrer diskriminierenden Mann-Frau-Dichotomie geformt und die Arbeitsteilung der Geschlechter als naturgegeben manifestiert. Die Bewertung von sogenannter Frauenarbeit fällt stets erheblich geringer gegenüber den

Antworten der LINKEN

Tätigkeiten von Männern aus – egal wie schwer oder relevant sie ist: Der Gender Pay Gap weist seit Jahren eine Lohndifferenz von über 20 Prozent aus.

Die traditionellen Rollenstereotypisierungen werden durch unreflektierte und wirkungslose Politik bis heute reproduziert: Das Ehegattensplitting gepaart mit der schlecht bezahlten Frauenarbeit begünstigt weiterhin das Fernbleiben von Frauen vom Erwerbsmarkt. Politische Appelle bleiben weitgehend wirkungslos – vor allem in der Privatwirtschaft.

Das alles zeigt: Es geht in dieser Gesellschaft traditioneller zu, als viele wahrhaben wollen. Ein Hauptgrund ist das traditionelle Verständnis der Arbeitsteilung: Wer Karriere machen will, kann dies in der Regel nur, wenn alle anderen Lebensbereiche in zeitlicher Hinsicht zurückstehen. Das zeigt sich zum Beispiel darin, dass Frauen, die Spitzenpositionen anstreben oder in den betrieblichen Hierarchien oben angekommen sind, oft partner- und kinderlos bleiben. Zu zögerlich wird daher der Zustand der Arbeitsgesellschaft und damit auch die tradierte Männerrolle hinterfragt: Wo ist beispielsweise eine Imagekampagne „Beruf mit aktiver Vaterschaft verbinden“? Es reicht deswegen nicht aus, für Teilzeit für Männer im öffentlichen Dienst (Maßnahme 79) nur pauschal zu sensibilisieren oder Männer für den Erzieher- und/oder Pflegeberuf zu umwerben.

Vielmehr ist es so: Eine konkrete Benachteiligung wird in der Regel einer Frau selbst angelastet, weil sie „schlecht verhandelt hat“ oder sich „alles gefallen lässt“, beispielsweise bei einem zu geringen Einkommen. Das hat aber einen klar identifizierbaren Grund: Gesellschaftliche Gleichstellung ist so gut wie nicht einklagbar. So fehlt immer noch das Verbandsklagerecht für Gewerkschaften, um juristisch gegen Lohndiskriminierung vorzugehen.

Die Maßnahmen im GPR erwirken lediglich punktuell Veränderungen. Es sollte daher dringend weiterentwickelt werden. Es ist jedoch erforderlich, dass eine übergeordnete Stelle mit unabhängigem Status die Gleichstellungspolitik ganzheitlich und nachhaltig beobachtet, bewertet, Impulse gibt sowie Korrekturen initiiert. Ebenso ist es erforderlich, endlich in die Gleichstellungspolitik zu investieren, damit sie einen angemessenen Stellenwert bekommt, abgerechnet wird und systemische Veränderungen in der Gesellschaft eingeleitet werden. Die Zeit der kleinen Schritte muss vorbei sein.

Deshalb fordert DIE LINKE ein unabhängiges Landesbüro für Geschlechterdemokratie (Drs. 20/12168). Nur mit diesem Instrument kann die Gleichstellungspolitik beschleunigt und die Ziele nachhaltig umgesetzt werden. Gender Budgeting, die geschlechtergerechte Haushaltsführung, muss forciert und für alle Bereiche des Haushalts umgesetzt werden. Außerdem müssen Vollzeitstellen für Frauenbeauftragte in allen Behörden, Dienststellen, Landesbetrieben sowie Unternehmen, in denen Hamburg Mehrheiten und Anteile hält, geschaffen werden und in allen Bezirken jeweils eine Gleichstellungsbeauftragte mit eigenem Budget implementiert werden. Wir fordern ein Gleichstellungsgesetz, das seinen Namen auch verdient, indem es die hier entwickelten Forderungen zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen aufnimmt.

4. Wohnen und Verkehr in der Großstadt: zwei Herausforderungen für Frauen mit Kindern. Welche politischen Planungen verfolgen Sie z.B. in Bezug auf bezahlbaren Wohnraum, Entlastung Alleinerziehender, Mehrgenerationenhäuser, mehr und günstigeren ÖPNV, bessere Taktzeiten im ÖPNV?

DIE LINKE will auf verschiedenen Ebenen Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der Geschlechtszugehörigkeit oder des Geschlechterverhältnisses aufdecken, darüber aufklären und Veränderungen einleiten.

Antworten der LINKEN

Frauen und Mädchen sind aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse, geschlechtsspezifischer Behandlung und immer noch vorrangiger Zuständigkeit für die Kinderbetreuung oftmals weniger mobil als Männer. Daher wollen wir auf allen Ebenen Maßnahmen ergreifen, die Mobilität von Frauen und Mädchen fördern. Dazu gehört für uns auch eine allgemeine Absenkung der Fahrpreise im Öffentlichen Personennahverkehr und echte Sozialtickets für Menschen mit wenig Einkommen. Es darf zu keiner Privatisierung oder Auslagerung von Teilen der DB oder des HVV kommen. Fahrradlernkurse sind nur ein Anfang.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis, also ein existentielles soziales Gut und kann daher nicht wie andere Waren auf dem freien Markt gehandelt werden. Dieser führt gerade in der Finanzkrise, wo sich das Kapital auf der Suche nach Profit auf den Wohnungsmarkt stürzt, dazu, dass gnadenlos mit überwiegend überbelegten Wohnungen nach verdichtet wird, Leerstand aus spekulativen Gründen im großen Ausmaß entsteht, obwohl dringend bezahlbarer Wohnraum benötigt wird.

Frauen, vor allem Alleinerziehende, müssen vorrangig bezahlbaren Wohnraum bekommen. DIE LINKE fordert, dass bei allen Bauvorhaben ein Mindestanteil an Sozialwohnungen von 50 %, auf städtischen Flächen von 100 % zu erreichen ist, vorrangig im 1. Förderweg (6,10/m² nettokalt). Neue Sozialwohnungen sollen überall entstehen, auch in den Reichen-Vierteln. So sollte das städtische Unternehmen SAGA GWG das Wohnungsangebot massiv ausbauen und hier z.B. auf die Bedarfe Hamburgs als vielfältige Großstadt eingehen.

Außerdem fordert DIE LINKE den Ausbau betreuter Wohnprojekte für obdachlose Frauen. Wir wollen den einzigen Tagesobdachlosentreff nur für Frauen, KEMENATE, stärker fördern und ausbauen und in anderen Bezirken entsprechende Treffpunkte schaffen.

Deshalb hat DIE LINKE einen Antrag zu weiblicher Obdachlosigkeit (Drs.20/13603) gestellt. Denn Studien zeigen deutlich, dass es signifikante Unterschiede zwischen wohnungslosen Männern und Frauen gibt. Eine der wesentlichsten Erkenntnisse – neben der hohen Gewaltbetroffenheit von wohnungslosen Frauen – ist die Tatsache, dass sie oft verdeckt wohnungslos leben. Häufig gehen sie sogenannte Zwangspartnerschaften ein, in denen sie, auch sexuell, ausgebeutet werden.

5. Wesentlich mehr Frauen als Männer arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Was kann dagegen getan werden? Wie wollen Sie gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchsetzen?

DIE LINKE fordert gute Arbeit für alle. Darunter verstehen wir Arbeitsverhältnisse, die den Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechen, tarifvertraglich abgesichert sind, der Sozialversicherungspflicht unterliegen, unbefristet sind, nicht krank machen und alter(s)gerecht sind. 450-Euro- sowie Ein-Euro-Jobs, Teilzeit ohne Rückkehrrecht, sachgrundlose Befristungen und Leiharbeit wollen wir abschaffen. Stundenlöhne unter 13,-- Euro finden wir sittenwidrig. Unsere Antwort heißt: weitere Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Personalausgleich, eine umfassende Rücknahme der Arbeitsverdichtungen und der Ausbau der Einflussmöglichkeiten am Arbeitsplatz.

Die Qualität von Arbeit, menschenwürdige Arbeitszeiten und vernünftige Entgelte sind zentrale gesellschaftliche Konfliktherde, die vornehmlich in Streiks ausgetragen werden. Daher sind durchsetzungs- und konfliktfähige Gewerkschaften, die gendersensibel orientiert sind, von großer

Antworten der LINKEN

Bedeutung. Auch der politische Streik muss als Mittel zur Durchsetzung besserer Verhältnisse möglich sein.

DIE LINKE fordert daher eine Erhöhung des Landesmindestlohns auf 13 Euro. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit soll nicht nur ein Slogan bleiben, sondern durch einen Landesaktionsplan „Gute Arbeit für Frauen“ in die Realität umgesetzt werden. Dazu gehören verbindliche Verabredungen mit der Hamburger Wirtschaft, zum Beispiel was den Abschluss von Ausbildungsverträgen mit jungen Frauen angeht. Schwerstarbeit von Frauen, z.B. in der Pflege, muss endlich die gleiche Wertigkeit wie die der klassischen Männerberufe bekommen. Wir wollen die Abschaffung prekärer Beschäftigung und fordern stattdessen diese Stellen mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten zu besetzen.